

Nr. 19/631

Fragestunde

1. Videodolmetschen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Kabire Yildiz, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Februar 2017
2. Entwicklung und Gestaltung des Sexualkundeunterrichts
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 14. Februar 2017
3. Entwicklung der Leih- und Zeitarbeit in den Städten Bremen und Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 14. Februar 2017
4. Identitätsfeststellung von Flüchtlingen
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Februar 2017
5. Anerkennung von Assistenzhunden
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 16. Februar 2017
6. Wissenschaftlicher Nachwuchs ohne Nachwuchs?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. Februar 2017
7. Familienzusammenführung
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Christian Schäfer und Gruppe LKR vom 17. Februar 2017
8. Häftlinge aus nordafrikanischen Staaten
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 17. Februar 2017
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
9. Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Februar 2017
Diese Anfrage ist von den Fragestellern zurückgezogen.
10. Utbillung vun Schoolmesters en nedderdütsche Spraak
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und de Frakschoon vun de FDP vom 21. Februar 2017
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.
11. Gesetz zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbegehrenden
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 23. Februar 2017

12. Fährt die Deutsche Bahn bei den Lärmmessstellen an Bremen vorbei?
Anfrage der Abgeordneten Heike Sprehe, Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 1. März 2017
13. Verbesserte Zuweisung von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten auf die Krankenhäuser
Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 1. März 2017

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/632

Jugend im Parlament 26. bis 30. September 2016

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 2. November 2016
(Drucksache [19/813](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Nr. 19/633

Handwerk in Bremen - Sachstand, Probleme und Zukunft

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Dezember 2016
(Drucksache [19/884](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. Februar 2017

(Drucksache [19/948](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/634

Kinderrechte endlich im Grundgesetz verankern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. Januar 2017
(Drucksache [19/902](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative für eine Ergänzung des Grundgesetzes zu ergreifen bzw. gegebenenfalls eine vergleichbare Initiative anderer Bundesländer zu unterstützen, die zum Ziel hat, das Recht eines jeden Kindes auf Förderung seiner Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit im Grundgesetz zu verankern. Dies umfasst gleichermaßen den Schutz vor Gefährdungen des Kinderwohls, die besondere Berücksichtigung dieses Wohls bei allem staatlichen Handeln und die Beachtung des kindlichen Willens entsprechend seinem Alter und seinem Reifegrad in allen es betreffenden Angelegenheiten sicherzustellen.

Nr. 19/635

Farbe bekennen - Beflaggung der Bremischen Bürgerschaft - Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. November 2016
(Neufassung der Drucksache [19/740](#) vom 15. September 2016)
(Drucksache [19/816](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

In der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 1. Juli 2015, zuletzt geändert am 21. April 2016, wird folgender § 77 angefügt:

„ § 77

Die Bremische Bürgerschaft wendet den Erlass der Bundesregierung über die Beflaggung der Dienstgebäude des Bundes in der jeweils geltenden Fassung an. Abweichend davon kann das Haus der Bürgerschaft beflaggt werden, soweit die Bürgerschaft das Datum und die Art der Beflaggung mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschließen.“

Nr. 19/636

Änderung der Geschäftsordnung - Beflaggung der Bremischen Bürgerschaft

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 13. Februar 2017
(Drucksache [19/938](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Änderung zu Drucksache 19/816 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/637

Am 10. März Solidarität zu den Menschen in Tibet zeigen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/966](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen wie folgt zu:

Am 10. März 2017 wird das Haus der Bürgerschaft mit der Flagge Tibets beflaggt.

Nr. 19/638

Faire Chancen für Alleinerziehende in Bremen schaffen!

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/265](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/639

Arbeitsmarktpolitik stärker für Alleinerziehende öffnen - Armutsbekämpfung konkret machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. Februar 2016
(Drucksache [19/295](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/640

**Faire Chancen für Alleinerziehende in Bremen schaffen!
Arbeitsmarktpolitik stärker für Alleinerziehende öffnen - Armutsbekämpfung konkret machen**

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
vom 26. Januar 2017
(Drucksache [19/922](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

Nr. 19/641

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Mitteilung des Senats vom 24. Januar 2017
(Drucksache [19/917](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres (federführend) und die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 19/642

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. März 2017
(Drucksache [19/961](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 19/643

Teststrecke für autonomes Fahren unterstützen und autonomes Fahren in Bremen nachhaltig gestalten

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 14. Februar 2017

(Neufassung der Drucksache [19/923](#) vom 26. Januar 2017)

(Drucksache [19/941](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich gemeinsam mit einer geeigneten wissenschaftlichen Institution und geeigneten Industrieunternehmen beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für die Einrichtung einer Teststrecke für automatisiertes und vernetztes Fahren in Bremen zu bemühen.
2. systematisch darauf hinzuwirken, dass Bremen eine aktive Rolle bei der Entwicklung und Erprobung der Techniken für automatisiertes und vernetztes Fahren spielen kann.
3. die Auswirkungen des autonomen Fahrens auf Stadtraum und Mobilitätsverhalten zu untersuchen oder sich an geeigneten bundesweiten Untersuchungen zu beteiligen.
4. die Akquise von Fördermitteln für dieses Thema beim Bund und bei der EU gemeinsam mit der Industrie und geeigneten Forschungspartnern sowie in Kooperation mit Anbietern von ÖPNV-Dienstleistungen, Carsharing Unternehmen zu betreiben.
5. nicht nur die technologischen, sondern auch die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, datenschutzrechtlichen und ökologischen Aspekte dieses Innovationsschubs zum Gegenstand der wissenschaftlichen und konzeptionellen Auseinandersetzung zu machen.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass Modellversuche für automatisierte Verkehre im Land Bremen gestartet werden sollen und bittet den Senat, der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit sowie der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft erstmals zum 30. Juni 2017 und dann fortlaufend zu berichten.

Nr. 19/644

Achtes Gesetz zur Änderung des bremischen Vergnügungssteuergesetzes (Einführung einer Wettbürosteuer)

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. November 2016

(Drucksache [19/817](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/645

Achtes Gesetz zur Änderung des bremischen Vergnügungssteuergesetzes (Einführung einer Wettbürosteuer)

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 8. Februar 2017
(Neufassung der Drucksache [19/924](#) vom 30. Januar 2017)
(Drucksache [19/933](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Änderungen zu Drucksache 19/817 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 19/646

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage

Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/939](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 19/647

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage - Internationalen Frauentag zum gesetzlichen Feiertag machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 1. März 2017
(Drucksache [19/959](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 19/648

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage - 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag machen

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/967](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) unterbricht die erste Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (federführend) und die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 19/649

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 13. Februar 2017
(Drucksache [19/937](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/650

Klare Rahmenbedingungen für Social Media in der Schule - Gesetz zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. Januar 2017
(Drucksache [19/913](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/651

Social Media in der Schule angeleitet fördern - Leitfaden und Unterstützung sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. März 2017
(Drucksache [19/964](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Kinder und Bildung.

Nr. 19/652

Gesetz zum Zwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 31. Januar 2017
(Drucksache [19/925](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/653

Gesetz zur Neuregelung von Zuständigkeiten für die Gründung eines Ordnungsamtes

Mitteilung des Senats vom 28. Februar 2017
(Drucksache [19/953](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/654

Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 17

vom 3. März 2017
(Drucksache [19/963](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/655

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe, des Ablaufs und der Aufarbeitung des organisierten Sozialleistungsbetruges in Bremerhaven in der Zeit mindestens von Anfang 2013 bis April 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Klaus-Rainer R u p p

anstelle der Abgeordneten Kristina Vogt zum stellvertretenden Mitglied des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe, des Ablaufs und der Aufarbeitung des organisierten Sozialleistungsbetruges in Bremerhaven in der Zeit mindestens von Anfang 2013 bis April 2016.

Nr. 19/656

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Kein Fahrverbot bei allgemeiner Kriminalität!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 2. Februar 2017
(Drucksache [19/929](#))
2. Jetzt die Konsequenzen aus dem McLaren-Report ziehen, Spitzensportförderung an fairen Wettbewerbsbedingungen ausrichten
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 10. Februar 2017
(Drucksache [19/935](#))
3. Die Stelle einer oder eines unabhängigen Polizeibeauftragten schaffen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Februar 2017
(Drucksache [19/947](#))